Ressort: Politik

SPD will Angleichung der Renten in Ost- und Westdeutschland

Berlin, 24.11.2012, 00:59 Uhr

GDN - Die Bundes-SPD will nach einem Bericht der "Süddeutschen Zeitung" an diesem Samstag auf ihrem kleinen Parteitag in Berlin auch ein Konzept für die Angleichung der Renten in Ost- und Westdeutschland beschließen. Der SPD-Bundesvorstand präzisierte auf Initiative insbesondere der Vize-Parteivorsitzenden und Sozialministerin von Mecklenburg-Vorpommern, Manuela Schwesig, die bislang nur allgemeinen Pläne für einheitliche Altersgelder.

Bis 2020 will die SPD danach die Unterschiede stufenweise abschaffen. In einem ersten Schritt sollen pauschal bewertete Versicherungszeiten wie etwa die für Kindererziehung oder im Wehr- und Zivildienstes einheitlich mit dem aktuellen Rentenwert West berechnet werden. Für notleidende Ost-Rentner, die aus juristischen Gründen nicht in das bundesdeutsche Rentenrecht eingebunden sind, soll es auf Antrag des Bundesvorstandes einen aus Steuermitteln finanzierten Härtefall-Fonds geben. Der Parteitag will auch weitere Reformen des Altersgeldes beschließen, etwa die einer Solidarrente von 850 Euro für all jene, die gearbeitet und Versicherungen gezahlt haben, aber bislang nur eine Mini-Rente erhalten.

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-2909/spd-will-angleichung-der-renten-in-ost-und-westdeutschland.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619